



JHA

über die
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 08.09.2009
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Frau Gabriele Keutgen-Bartosch
Herr Heiko Klanke
Frau Annette Mann

CDU

Herr Wilhelm Kemna
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Ingo Arndt
Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Frau Susanne Hartmann
Herr Martin Kusber
Frau Gertrud Sändker
Frau Heike Schlickhoff
Frau Svenja Schnober
Herr Jörg Theis

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Friedhelm Kock
Herr Gerhard Peske
Herr Klaus-Dieter Suk

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Herr Hans-Peter Kaminski

Entschuldigt fehlten

Herr Kai Brumberg
Herr Ralf Hinterseer
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Ludger Krampe
Herr Thomas Kurschilgen
Herr Detlef Maidorn
Herr Kurt Reinholz
Herr Herbert Ritter
Herr Carsten Scheunemann
Herr Martin Wiegelmann
Frau Dr. Petra Winzer-Milo

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Entwicklung der Kindertageseinrichtungen 2010/11 hier: Bericht der Verwaltung	
1.1	Investition für u3-Plätze	
1.2	Informationen zum Konjunkturpaket II (Jugendhilfe)	
1.3	Belegungssituation zum 01.08.2009	
2	Einbringung des Sozialberichts - Teil der Jugendhilfe -	
3	Neufassung der Satzung für das Jugendamt	088/2009
4	Ferienaktion im Sommer 2009 hier: Bericht der Verwaltung	
5	Produkthaushalt für das Jugendamt für das Jahr 2010 hier: Bericht der Verwaltung	
6	Sachstandsbericht zum Verfahren der Kinderfrüherkennungsuntersuchung (U-Untersuchungen)	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Entwicklung der Kindertageseinrichtungen 2010/11
hier: Bericht der Verwaltung

Zu TOP 1.1.

Investition für u3-Plätze

Anhand zweier Folien (Anlage 1) stellte Herr **Peske** die beantragten und zum Teil bereits durchgeführten Investitionsmaßnahmen der Jahre 2008 und 2009 zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren vor. Er berichtete, dass sowohl Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen als auch Ausstattungsmaßnahmen mit 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben durch den Bund und das Land gefördert werden. Herr Peske wies auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.03.2009 hin, bei der beschlossen wurde, dass der 10%ige Eigenanteil je zur Hälfte vom Träger und der Stadt Kamen getragen werde.

Zu TOP 1.2.

Informationen zum Konjunkturpaket II (Jugendhilfe)

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II haben die Ev. Kirchengemeinden Mitte und Methler einen entsprechenden Antrag gestellt, berichtete Herr **Brüggemann**.

In der Trägerkonferenz am 24.06.2009 wurden Parameter vereinbart, die Vergleiche mit kommunalen Gebäuden zuließen und Entscheidungen möglich machten. Zu diesen Parametern gehören u. a. die Vorlage eines qualifizierten Energiepasses und konkrete Vorschläge, was baulich zur Verbesserung der energetischen Situation geplant sei.

Sollte Ergebnis des Vergleiches sein, dass die Energiebilanz der kommunalen Gebäude deutlich schlechter sei, als die der kirchlichen Gebäude, könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Anträge abgelehnt werden. Überdies könne die Entlastung des kommunalen Haushaltes eine Rolle spielen.

Herr Brüggemann informierte, dass die Träger die Linie der Stadtverwaltung so akzeptiert hätten.

Ferner berichtete er, dass angedacht sei das Freizeitzentrum in Kamen-Heeren zu erweitern.

Da es zur Zeit keine ausreichenden Kapazitäten gebe, sei es z. B. nicht möglich das Jugendcafé „X-tra Kult“ so umfanglich wie in den kommunalen Freizeitzentren einzurichten.

Er berichte über die ersten Gespräche mit Vertretern der Kirchengemeinde zu Heeren-Werve insofern, als er dieses Erweiterungsvorhaben nicht in die KII-Projekte einordnen wolle, sondern das im Zusammenhang mit der Verlängerung der Kooperationsvereinbarung gemeinsam zu erörtern beabsichtige. Ein möglicher städtischer Zuschuss werde sich dann in die haushaltliche Entwicklung einzuordnen haben.

Ob neben den kirchlichen Trägern auch andere Träger einen Antrag gestellt habe, fragte Frau **Möller** nach.

Derzeit gebe es keine weiteren Anträge, entgegnete Herr **Brüggemann**.

Hinweis der Verwaltung:

Mit Datum vom 04.08.2009 (Posteingang 08.09.2009) hat die AWO für die Kindertageseinrichtung „Brausepulver“ einen Antrag auf Sanierung gestellt. Dies war zum Zeitpunkt der Jugendhilfeausschusssitzung jedoch noch nicht bekannt.

Zu TOP 1.3.

Belegungssituation zum 01.08.2009

Zum 01.08.2009 besuchen insgesamt 1.231 Kinder die Kamener Kindertageseinrichtungen, davon seien 115 Plätze für Kinder unter drei Jahren eingerichtet, berichtete Herr **Peske**. Anhand der aufgelegten Folie (Anlage 2) stellte er die Verteilung der gebuchten Betreuungsstunden vor.

Auf Nachfrage von Frau Scharrenbach berichtete Herr **Brüggemann**, dass die Stadtverwaltung mit den bereits eingerichteten 115 u3-Plätzen in der Linie der Ausbauplanung sei. Bei Bedarf könne Tagespflege organisiert werden.

Herr **Dunker** teilte mit, dass bei der Verteilung der u3-Plätze die Kindertageseinrichtungen nicht willkürlich ausgewählt wurden. Kriterien wie der Sozialraum, Trägervielfalt und die Wahrung des Rechtsanspruches spielen eine wichtige Rolle, da bei der Umwandlung der Gruppenform III (Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung) in Gruppenform I (Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung) Regelplätze wegfallen würden.

Herr **Klanke** fragte nach, ob es eventuell zu einer Rückumwandlung kommen könne.

Es habe bereits Kommunen gegeben, die u3-Plätze zurückgegeben haben, damit der Rechtsanspruch gewahrt werden könne, so Herr **Dunker**. Für die Stadt Kamen müsse dies im Vorfeld abgeklärt werden.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass eine Gruppenumwandlung 11 Regelplätze verzehre. Er könne nicht ausschließen, dass nicht noch eine weitere Regelgruppe eröffnet werden müsse. Davon sei aber nach heutigem Stand nicht auszugehen.

Die Tendenz gehe klar in Richtung u3-Betreuung, betonte Frau **Möller**. Sobald die Elternzeit ende, müsse das Elternteil, welches die Elternzeit in Anspruch genommen habe, häufig in den Beruf zurückkehren.

Frau Möller fragte nach, ob das Modell der Wichtelgruppen im Zuge des Ausbaues der u3-Betreuung auslaufen werde.

Im Laufe der Zeit wurde die Anzahl der Wichtelgruppen von ursprünglich vier auf acht Gruppen verdoppelt, berichtete Herr **Brüggemann**. Dies bedeute eine finanzielle Mehrbelastung im Bereich der freiwilligen Leistungen. Durch den Ausbau der u3-Betreuung in Kindertageseinrichtungen können die Wichtelgruppen eventuell zurückgefahren werden, so wie es derzeit in der Ev. Kirchengemeinde Methler geschehen sei. Ob die Stadt Kamen sich auch in Zukunft Wichtelgruppen leisten könne, sei Frage des Haushaltes.

Zu TOP 2.

Einbringung des Sozialberichts - Teil der Jugendhilfe -

Herr **Dunker** berichtete, dass der Sozialbericht (Teil der Jugendhilfe) Diskussionsgrundlage des Jugendhilfeausschusses sei. Er wies darauf hin, dass der Sozialbericht nur in begrenzter Papierform vorhanden sei. Er bat darum, sich den Sozialbericht im Ratsinformationssystem herunterzuladen. Sei dies nicht möglich, würden natürlich weitere Exemplare zur Verfügung gestellt werden.

Diese Daten, Fakten und Zahlen könnten den Jugendhilfeausschuss weiter begleiten und seien eine geeignete Grundlage für die weitere Arbeit in den politischen Strukturen, so Frau **Dyduch**.

Zu TOP 3.
088/2009

Neufassung der Satzung für das Jugendamt

Frau **Dyduch** erklärte, dass es bei der Neufassung der Jugendamtssatzung keine inhaltlichen, lediglich formale Änderungen gegeben habe.

Herr **Arndt** wies darauf hin, dass § 4 Abs. 3 Buchstabe c gestrichen werden könne.

Beschluss:

Die beigefügte Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Ferienaktion im Sommer 2009
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** berichtete über die Ferienspiele 2009, die nach bildungsorientierten, bedarfsorientierten und zum Teil geschlechterspezifischen Aspekten gestaltet wurden.

Im Bürgerhaus Methler, im Jugendkulturcafé und im Jugendfreizeitzentrum wurde ein umfangreiches Programm für Kinder und Jugendliche angeboten. Neben dem Projekt „Mini-Kamen“ an dem 350 Kinder (davon 30 über die FeBu vermittelte Kinder) teilgenommen haben, fanden verschiedene Tagesausflüge, Lesungen und Konzerte statt. Ferner wurde das „Fest der Farben“ organisiert, bei dem verschiedene Generationen unterschiedlicher Nationen landestypische Speisen angeboten haben. Außerdem wurde eine Veranstaltung für Erstwähler durchgeführt, an der 40 Jugendliche teilgenommen haben.

Ferner berichtete Herr Dunker über die beiden Sommerfreizeiten. Sowohl die Kinder- als auch die Jugendfreizeit gingen nach Spanien. Dabei wurden 50% der Teilnehmer vom Allgemeinen Sozialen Dienst vermittelt. Die Kinder und Jugendlichen konnten von den dort geschlossenen Freundschaften profitieren.

Auf Nachfrage von Frau Dyduch berichtete Herr **Dunker**, dass für die Herbstferien neben den Planspielen im Jugendfreizeitzentrum, für die sich schon 250 Kinder angemeldet haben, eine Bildungsfahrt nach Berlin für politisch interessierte Jugendliche in Zusammenarbeit mit dem Bürgerhaus Methler und dem Rotary Club geplant sei.

Frau **Scharrenbach** hinterfragte, ob die Erstwählerversammlung durch die Schwarze Antifa organisiert wurde.

Herr **Dunker** antwortete, dass eine Kooperation mit der SAU (Schwarze Antifa Unna) stattgefunden habe. Unterstützung sei durch die Stadt Kamen erfolgt. Mit Hilfe einer externen Moderation seien Informationen harmonisch ausgetauscht worden.

Ob der Veranstalter das Jugendfreizeitzentrum gewesen sei, fragte Frau **Möller**.

Dies verneinte Herr **Dunker**. Veranstalter sei die Stadt Kamen. Die SAU haben die Fragen mitgestaltet.

Zu TOP 5.

Produkthaushalt für das Jugendamt für das Jahr 2010
hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Dyduch** teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt ‚Produkthaushalt für das Jugendamt für das Jahr 2009‘ heißen müsse.

Herr **Peske** berichtete, dass im Bereich der Tagespflege der Ansatz in Höhe von 550.000 € nicht auskömmlich sei. Aufgrund der steigenden Nachfrage nach Tagespflegeplätzen, nicht nur im u3-Bereich, werden zusätzlich 90.000 € angefordert.

Der Ansatz für die sonstigen sozialen Leistungen (überwiegend Betriebskostenzahlungen an die Kindertageseinrichtungen) in Höhe von 6.895.000 € werde, trotz der noch nicht erfolgten Betriebskostenabrechnung, wahrscheinlich auskömmlich sein.

Im Bereich Hilfen für junge Menschen und ihre Familien innerhalb von Einrichtungen werden Minderausgaben von rund 50.000 € erwartet. Dennoch müsse der Ansatz für 2010 aufgrund steigender Fallzahlen angehoben werden.

Für Hilfen für junge Menschen und ihre Familien außerhalb von Einrichtungen ergab die Hochrechnung einen zu erwartenden Mehrbedarf in Höhe von 280.000 €.

Die Minderausgaben seien für 2009 u. a. damit zu begründen, dass Heimfälle im lfd. Jahr von anderen Jugendämtern übernommen wurden.

Es sei allerdings nicht zu leugnen, dass auch in Kamen steigende Fallzahlen im Bereich der Heimpflege zu verzeichnen seien, berichtete Herr Peske abschließend.

Die Zahlen können sich im interkommunalen Vergleich sehen lassen, betonte Herr **Brüggemann**. Der Einsatz der Sozialpädagogischen Familienhilfe vermeide Fremdunterbringungen. Und durch den Förderverein für Jugendhilfe könne flexibel reagiert werden. Er warb darum, diesen Weg des Fördervereines mit erweiterter Ausstattung zu unterstützen.

Die Entwicklung sei wenig erfreulich, teilte Frau **Scharrenbach** mit. Sie mache die Veränderung innerhalb der Familienstruktur deutlich. Frau Scharrenbach bat darum, einen Bericht zur Tagespflege in den nächsten Jugendhilfeausschuss einzubringen. Ferner stellte sie fest, dass sich die Zahlen der Sozialpädagogischen Familienhilfe verdreifacht haben und fragte nach, woher diese hohen Zahlen kämen.

Eine gewisse Sensibilität scheine in der Stadt Kamen zu greifen, entgegnete Herr **Brüggemann**. Verschiedene Säulen greifen dabei zusammen. So gebe es zum Beispiel vermehrt warnende Hinweise seitens der Bevölkerung.

Frau **Scharrenbach** erinnerte an den Geschäftsbericht, denn die Stadt Kamen sei verpflichtet diesen vorzulegen.

Ferner fragte Frau Scharrenbach nach, ob schon Ergebnisse der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt vorlägen und ob ein Kinder- und Jugendförderplan im laufenden Haushalt erstellt werde.

Der Geschäftsbericht sei verpflichtend, bestätigte Herr **Brüggemann**. Allerdings seien in den Jugendhilfeausschusssitzungen Zahlenberichte vorgelegt worden, die über die Situation im Fachbereich Jugend informieren. Eine den Geschäftsumfang des Jugendamtes belegende Statistik sage er zur 1. Sitzung des Jahres 2010 zu.

Sobald Ergebnisse der Organisationsuntersuchung vorlägen, werden diese im Jugendhilfeausschuss vorgestellt, gab Herr Brüggemann bekannt.

Auf die Frage nach dem Kinder- und Jugendförderplan antwortete Herr Brüggemann, dass dieser für jede Legislaturperiode des Rates neu erstellt werde.

Frau **Dyduch** unterstützte die Aussage von Herrn Brüggemann und merkte an, dass die umfangreiche Arbeitssituation berücksichtigt werden solle. Kinder gingen vor Vorschriften.

Zu TOP 6.

Sachstandsbericht zum Verfahren der Kinderfrüherkennungsuntersuchung (U-Untersuchungen)

Herr **Gibbels** leitete das Thema ein, in dem er mitteilte, dass es eine Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen (auch U-Untersuchungen genannt) gebe. Zunächst gehe es um die U-Untersuchungen U5 bis U9, also Untersuchungen der Kinder von einem halben bis zum 6. Lebensjahr; denn die Untersuchungen U1 bis U4 fänden bereits im Krankenhaus statt. Es gebe eine Datenübermittlung der Meldeämter, eine Datenübermittlung durch Ärzte und der entsprechende Abgleich in einer zentralen Stelle LIGA (Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit).

Anhand eines Folienvortrages (Anlage 3) stellte Herr Gibbels den genauen Ablauf des Verfahrens vor. Er wies darauf hin, dass gesetzte Untersuchungszeiträume in Verbindung mit Toleranzgrenzen zu beachten seien, die die Handlungszeiträume des Jugendamtes bestimmen und stark eingrenzen würden. Auf Grund der gegebenen örtlichen Möglichkeiten, insbesondere in personeller Hinsicht, sei für das Jugendamt eine „To-Do-Liste“ entwickelt worden, die den Ablauf regle. Ferner stellte Herr Gibbels den Vordruck für den Dokumentationsverlauf und das Anschreiben vor, welches noch mit entsprechenden Daten bzgl. Rücknachricht und Hausbesuch versehen werden müsse.

Werde im Laufe des Verfahrens festgestellt, dass die Untersuchung bereits erfolgt sei oder aber nachgeholt werde und hierüber ein entsprechender Nachweis vorgelegt werde, sei das Verfahren an diesem Punkt beendet. Lediglich die Dokumentationsdaten werden noch erfasst. Melde sich aber der Personensorgeberechtigte nicht innerhalb der gesetzten Frist, erfolge der angekündigte Hausbesuch, bei dem vor Ort das Kind in Augenschein genommen werden müsse. Aus den gewonnen Erkenntnissen käme es dann zu einer Beurteilung, ob wichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Kindeswohles vorlägen und welche Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen.

Zum aktuellen Stand teilte Herr Gibbels mit, dass seit dem 25.08.2009 vier Meldungen mit sechs Kindern von LIGA eingegangen seien, bei denen ein Untersuchungsversäumnis vorläge. In zwei Fällen wurde festgestellt, dass die Übermittlung durch die Meldeämter noch nicht richtig laufe, denn ein Kind war bereits mit seinen sorgeberechtigten Personen nach Österreich verzogen, bei dem anderen Kind, war das Geburtsdatum nicht richtig erfasst. Bei einem weiteren Kind könne nach Übermittlung des Nachweises der Nachholung der Untersuchung die Angelegenheit abgeschlossen werden. Bei den restlichen drei Kindern fehle das Ergebnis, da die Meldung erst am 04.09. bzw. 07.09.2009 eingegangen seien. Die Bearbeitung der Angelegenheiten befänden sich somit in der vorgegebenen Zeitschiene.

Einen Ausblick inwieweit sich die Anzahl der Meldungen erhöhen werden, könne derzeit noch nicht gemacht werden. Im Vorfeld angestellte Berechnungen ergaben für die erste Zeit eine Anzahl von 16 Fällen pro Monat. Zu berücksichtigen sei hierbei, dass zunächst nur U5 und U6 Untersuchungen abgefragt werden. Bis zum Jahresende sollen auch die restlichen Versäumnisse in den U7 bis U9 Untersuchungen gemeldet werden. Da nach Erhebungen gerade U8 und U9 Untersuchungen am Häufigsten „vergessen“ werden, sei mit einer Zunahme an Meldungen in Zukunft zu rechnen. Ob und inwieweit Kinderwohlgefährdungen festgestellt werden, könne und werde erst die Zukunft zeigen. Festzustellen sei schon jetzt, dass die derzeit in Überprüfung befindlichen Personen dem Jugendamt nicht bekannt seien.

Wie mit Daten umgegangen werde, wenn Familien verziehen, hinterfragte Herr **Kaminski**.

Die gleiche Frage habe die Stadt der LIGA gestellt, antwortete Herr **Gibbels**.

Die Daten müssen und dürfen nicht weitergegeben werden. Der Fall werde lediglich gespeichert. Auch wenn das Verfahren an der Stelle nicht sinnvoll sei, so fehle jedoch die gesetzliche Grundlage, um die Daten weitergeben zu können.

Ob die U-Untersuchungen auf freiwilliger Basis seien, wollte Frau **Möller** wissen.

Herr **Gibbels** erwiderte, dass die U-Untersuchungen angebracht seien. Interessant sei hier der § 8a SGB VIII, da der Allgemeine Soziale Dienst direkt involviert sei, wenn was im Argen läge.

Es bestehe dringender Informationsbedarf an die Kindertageseinrichtungen, um diese für das Thema zu sensibilisieren, warf Herr **Dunker** ein.

Es werde ein positives Ergebnis geben, merkte Frau **Scharrenbach** an. Der Bekanntheitsgrad für die Jugenduntersuchungen solle allerdings verstärkt werden.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass auch Frau Tech vom Familienservice die Familien auf die U-Untersuchungen aufmerksam mache.

Frau **Möller** wies darauf hin, dass das Netz im Bereich der U-Untersuchungen engmaschig sei. Bis zur Vorschuluntersuchung werden die Hefte mehrfach gesichtet. Allerdings sollen Schulen und Ärzte verstärkt auf die Jugenduntersuchungen achten.

Frau **Keutgen-Bartosch** machte darauf aufmerksam, dass alle zwei Jahre sportärztliche Untersuchungen durchgeführt werden. Bei einer Sportbeteiligung in Vereinen in Höhe von 50% der Kinder- und Jugendlichen sei dies ein erster Anfang.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Brüggemann** berichtete, dass zum 01. November 2009 die neue Produktionsschule in Kamen eingerichtet werde. 24 Jugendliche im Alter von bis zu 25 Jahren ohne Schulabschluss sollen berufsbezogene Fähigkeiten erlernen, um neue berufliche Perspektiven zu erhalten. Vor allem die Tätigkeitsfelder Textil und Holz sollen angeboten werden, ggf. sei der Bereich Metall geplant. Für dieses Projekt stelle die Stadt Kamen einmalig 29.000 € zur Verfügung; die ARGE werde die jährlichen Kosten in Höhe von 200.000 € tragen.

Anfragen

Herr **Kemna** berichtete, dass sich in Kamen-Methler im Bereich der Heimstraße mehrere Mehrfamilienhäuser befänden, dort aber keine ausreichende Spielflächen vorhanden seien.
Er fragte an, ob es bezüglich dessen bereits Gespräche und Verhandlungen mit den Eigentümer gegeben habe.

Die Verwaltung wird das überprüfen.

Ob in Bezug auf Mittagessen in Kindertageseinrichtungen bereits Gespräche mit den Trägern stattgefunden haben, fragte Frau **Scharrenbach**.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass dies zentrales Thema der Stadtkonferenz sei. Über den Sachstand sei berichtet worden.

Im Zuge dessen berichtete Herr Brüggemann, dass der Fördertopf im Bereich der Schulen für ein weiteres Jahr verlängert worden sei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

Aufgrund der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in dieser Legislaturperiode, bedankte sich Frau **Dyduch** bei den Mitgliedern des Ausschusses und der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Peske
Schriftführer